

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE GRÜNEN

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1990

hier: Einzelplan 04

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes
— Drucksachen 11/5000 Anlage, 11/5554, 11/5581 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Menschen in der DDR haben das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht auf einen eigenen Weg heraus aus der ökologisch verheerenden und die Versorgung der Bevölkerung nicht sicherstellenden Planwirtschaft und der stalinistischen Bevormundung durch die Diktatur einer Partei.

Dem Selbstbestimmungsrecht widerspricht die Vorwegnahme der Entscheidung über Zweistaatlichkeit oder Wiedervereinigung.

Wie auch immer eine zukünftige Beziehung zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland aussehen wird, sie kann sich nur auf der Grundlage voller Gleichberechtigung entwickeln.

Und das bedeutet zwingend, Anerkennung der staatlichen Souveränität der DDR und der Verzicht auf den Alleinvertragsanspruch der Bundesrepublik Deutschland.

2. Keine deutsch-deutsche Politik darf der Chance zum Aufbau einer demokratischen, entmilitarisierten europäischen Gesellschaft, einer Überwindung der Grenzen, dem Aufbau einer europäischen Föderation auf der Grundlage der Sicherheitsinteressen aller Staaten Europas im Wege stehen.

Der Deutsche Bundestag erteilt allen Positionen, die die deutsche Frage über den gesamteuropäischen Einigungsprozeß und die gesamte europäische Friedensordnung stellen, eine Absage.

3. Jeder Spekulation über die Wiederherstellung eines gesamtdeutschen Nationalstaates in den Grenzen von 1937 jetzt und in Zukunft wird widersprochen. Die Oder-Neiße-Grenze als

Westgrenze Polens ist für jede deutsche Staatsgewalt unantastbar.

4. Kurzfristige humanitäre Hilfe und langfristige Wirtschaftshilfe ohne Vorbedingungen sind Voraussetzungen dafür, daß die Deutschen in der DDR überhaupt eine Chance haben, ihr Selbstbestimmungsrecht in Anspruch zu nehmen.
5. Die gewaltfreien und demokratischen Revolutionen in Osteuropa haben den Forderungen der Friedensbewegungen in Ost und West nach Blocküberwindung und Abrüstung zu neuer Aktualität verholfen.

Dritte Null-Lösung, sofortiger Stop der Tiefflüge, sofortiger Abzug aller chemischen Waffen aus Westeuropa und substantielle Kürzungen der Militärhaushalte bringen ganz Europa einer Friedensordnung näher und verschaffen allen Ländern die finanziellen Mittel, die für den ökologischen und demokratischen Neubeginn in Osteuropa gebraucht werden.

6. Die ökologische Krise erfordert unbürokratische und schnelle Hilfe für alle osteuropäischen Länder. Nur gemeinsam haben alle europäischen Länder in West und Ost die Chance, der ökologischen Selbstzerstörung Einhalt zu gebieten. Die reichen westeuropäischen Industriestaaten sind hier in der Pflicht.
7. Getrennt, aber gemeinsam haben die DDR und die Bundesrepublik Deutschland die Chance, zum Aufbau des gemeinsamen europäischen Hauses einen wichtigen Beitrag zu leisten, der sich von Anfang an auf ganz Europa bezieht und Staaten wie Polen, Ungarn, die CSSR und die Sowjetunion als europäische Partner akzeptiert, aber auch die Interessen der Völker berücksichtigt, die im Westen zweimal in diesem Jahrhundert unter Deutschland gelitten haben.

Bonn, den 30. November 1989

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion